

Tagen in vollbesetzten Gaststätten und die Wiederholung trotz ernsthafter Vorhaltungen seitens anderer Bürger und einer nachdrücklichen Belehrung durch Angehörige der Volkspolizei auf dem VP-Revier kann nicht anders als eine Provokation gegenüber den in den Lokalen anwesenden Bürgern gewertet werden, die mit dem Mittel der faschistischen Propaganda durchgeführt worden ist. Eine faschistische Propaganda ist aber keine Staatsverleumdung i.S. von § 20 StEG; sie wird eindeutig von § 19 Abs. 1 Ziff. 1 StEG erfaßt.

§ 14 StEG.

Über die Gesellschaftsgefährlichkeit der Spionage für die Agentenorganisation „Vereinigung politischer Ostflüchtlinge“.

BG Erfurt, Urt. vom 2. Mai 1958 — I BS 44/58.

Aus den Gründen:

I

Mit allen Mitteln versuchen die NATO-Politiker und ihre Helfer, den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben und ein neues Völkermorden vorzubereiten. Sie bedienen sich dabei der verschiedensten Methoden, insbesondere der Spionage auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, der Diversion, der Hetze und der Abwerbung von Arbeitskräften. Mit derartigen Verbrechen befassen sich in Westberlin mehr als 60 Agentenzentralen, die zur Durchführung ihrer verbrecherischen Tätigkeit ein umfangreiches Agentennetz im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufzubauen versuchen. Zu den Organisationen, deren sich die Kriegsbrandstifter und ihre Helfershelfer zum Zwecke der Spionage und Wühlarbeit gegen die DDR bedienen, gehört auch die „Vereinigung politischer Ostflüchtlinge“ (VPO) in Westberlin.

Die VPO wurde im Jahre 1948 von Funktionären der Adenauer-CDU gegründet. Als erster Vorsitzender wurde der gegenwärtige Leiter des „Ostbüros der CDU“, Werner Jöhren, eingesetzt. Als geschäftsführender Vorsitzender fungiert der Agent Otto Kintzel, der gleichfalls Funktionär der CDU ist und früher der SA angehörte. Die VPO wurde zu einem Instrument der Durchsetzung der Politik der CDU in Westdeutschland und Westberlin. Zwischen der VPO und dem „Ostbüro der CDU“ besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Finanzierung der VPO erfolgt in der Hauptsache durch das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn und durch die Dienststelle dieses Ministeriums im Westberliner Bundeshaus. In Fragen der Finanzierung werden durch den geschäftsführenden Vorsitzenden Otto Kintzel direkt Verhandlungen mit Ministerialrat Germer im Bundeshaus in Westberlin sowie mit Vertretern des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn direkt geführt. Ferner erfolgt die Finanzierung aus Westberliner Industriekreisen, so u. a. durch den Osram- und Telefunken-Konzern.

Die Tätigkeit der VPO erstreckt sich in erster Linie auf die Durchführung wirtschaftlicher und militärischer Spionage gegen die DDR und auf die Organisation von Hetz- und Wühltätigkeit. Um diese verbrecherische Tätigkeit durchführen zu können, ist die VPO bemüht, ein möglichst großes Netz sog. V-Leute im Gebiet der DDR zu errichten. Dies erfolgt in der Weise, daß die in den Sichtungsstellen im Flüchtlingslager Marienfelde tätigen Mitarbeiter des „Ostbüros der CDU“ republikflüchtige Personen an die VPO verweisen und ihnen von dort Rat und Hilfe zusichern. Diese Personen werden dann eingehend über ihre Fluchtgründe und die in der DDR an ihrem Wohnort bestehenden Verhältnisse ausgefragt. Das Ergebnis der Befragung wird in schriftlichen Berichten festgehalten. Weiter wird versucht, über diese Personen Verbindung zu deren Verwandten und Bekannten herzustellen, um auf diese Weise neue V-Leute werben zu können. Weiterhin wird diesen Personen versprochen, daß sie bei der Anerkennung als „politischer Flüchtling“ Unterstützung erhalten, wenn sie für die VPO tätig werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben hat Kintzel eine Gruppe von Mitarbeitern, die sich als Leiter von Widerstandsgruppen an der DDR bezeichnen. Um die politische Zielsetzung der VPO zu demonstrieren, tragen diese

Widerstandsgruppen Namen wie „Stettin“, „Gleiwitz“, „Breslau“, „Insterburg“ usw.

Die von den V-Leuten aus dem Gebiet der DDR und durch Befragung republikflüchtiger Personen erhaltenen Informationen werden von den Mitarbeitern der VPO an Kintzel persönlich übergeben. Besonderen Wert legt Kintzel auf die Erlangung von Angaben über Militärflugplätze, über Unterkünfte, Stärke und Bewaffnung sowie Truppentransporte der Nationalen Volksarmee und der Sowjetarmee. Weiterhin fordert Kintzel Informationen, über das Transportwesen, insbesondere der Deutschen Reichsbahn, sowie über die Tätigkeit der Sicherheitsorgane der DDR. Die Informationen werden von ihm zunächst an das „Ostbüro der CDU“ weitergeleitet, dessen Leiter in unmittelbarer Verbindung zum französischen Geheimdienst steht. Ferner werden diese Informationen von Kintzel dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und dem Bundeskanzleramt zugestellt. Militärische Informationen werden dann vom Bundeskanzleramt an das Kriegsministerium weitergeleitet. Weiterhin gelangen die Informationen an den amerikanischen und englischen Geheimdienst und danach an den NATO-Generalstab.

Nachrichten aus der DDR werden ferner zur Hetze gegen den Staat der Arbeiter und Bauern verwendet. Die von der VPO entworfenen Flugblätter werden in der Druckerei Büxenstein in Berlin-Tempelhof gedruckt. Ihre Anzahl beläuft sich auf etwa 5 bis 6 Millionen monatlich. Diese Hetzschriften werden zum Teil durch V-Leute in das Gebiet der DDR eingeschleust, zum Teil durch Ballons abgeworfen.

Agenten, die besonders wichtige Informationen auf militärischem Gebiet liefern können, werden auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem amerikanischen Oberst Bauer und Kintzel in vielen Fällen dem amerikanischen Geheimdienst vermittelt. Auch der Leiter des „CDU-Ostbüros“, Werner Jöhren, verwendet solche Agenten für die Tätigkeit seiner Verbrecherzentrale. Eine weitere Verbindung besteht zu Vertretern der sog. polnischen Exil-Regierung in London, die besonders an der Errichtung von Grenzscheun im Oder-Neiße-Gebiet interessiert ist. Diese Grenzscheunen dienen dazu, Verbindungen zu Untergruppen in der Volksrepublik Polen zu unterhalten und Flugblätter dorthin zu befördern. Abmachungen bestehen auch mit einer tschechischen Emigrantenorganisation in Westberlin in bezug auf das Grenzgebiet DDR/CSR. Weiterhin erstreckt sich die Tätigkeit der VPO auf die Organisation von Terrorakten in der DDR, im demokratischen Sektor von Groß-Berlin und gegen die Parteibüros der SED in Westberlin. So wurden beispielsweise am 17. Juni 1953 die V-Leute mit Sprengsätzen und Hetzflugblättern ausgerüstet in den demokratischen Sektor von Groß-Berlin, und in die DDR geschickt, um den faschistischen Putschversuch unterstützen zu helfen. Nach der Erledigung ihres Auftrags mußten sie Kintzel berichten. Weiterhin wurden im Jahre 1954 auf die Parteibüros der SED in Berlin-Spandau, Schöneberg und Steglitz Überfälle durchgeführt. Die Türen der Büros wurden aufgebrochen, Inneneinrichtungen demoliert, Propagandamaterial, Fahnen, und dergleichen auf die Straße geworfen und dort verbrannt. Erbeutetes Schriftenmaterial, wie Karteien und andere Aktenunterlagen, mußten sofort an Kintzel übergeben werden. Vor dieser Aktion wurden die Mitarbeiter der VPO von Kintzel dahingehend instruiert, daß sie von der Westberliner Polizei nächts zu befürchten hätten, da diese erst dann erscheinen würde, wenn die Aktion beendet sei. Insoweit bestand zwischen Kintzel und den Westberliner Behörden eine Abmachung, so daß die Polizei tatsächlich erst dann am Tatort erschien, nachdem die Mitarbeiter der VPO bereits wieder verschwunden waren. Des Weiteren werden an Funktionäre und fortschrittliche Bürger in der DDR Drohbriefe geschickt.

Der Mitarbeiterstab der VPO setzt sich größtenteils aus kriminellen Elementen zusammen.

Bei der VPO werden auch Scheinagenturen unterhalten, um insbesondere dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen eine möglichst aktive Tätigkeit vorzutäuschen. Von dem geschäftsführenden Vorsitzenden